



Heren-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 45

Das Blatt erscheint jeden Samstag.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lina-Brick-Str. 1. Fernspr. 5, 8244.

Hamburg, den 4. November 1916

Anzeigen kosten die flüchtigste Non-
pareille oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets wochentags einzureichen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

30. Jahrg.

Kollegen! Werbt unablässig neue Mitglieder für den Verband!

Gemeinsame Aufgaben der Organisationen im Malergewerbe.

Unter der in unserm ersten Artikel nur flüchtig skizzierten Entwicklung, bei deren Darstellung wir vor allem die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, zwischen größeren und kleineren, für bessere oder nur für einfachste und große Massenarbeiten eingestellten Betrieben sowie ästhetische Gesichtspunkte nicht eingehender behandeln konnten, leiden nicht nur die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sondern auch die Unabhängigkeit und Prosperität des Malergewerbes im allgemeinen.

So treten jetzt bei größeren Arbeiten nicht selten sogenannte Generalunternehmer auf, meist Architekten oder größere Baufirmen, von denen die Malermeister ihre Aufträge erst empfangen. Dadurch werden die Arbeiten in der Regel sowohl an Umfang als auch in ihrer Qualität reduziert. Denn durch den dominierenden Einfluß bestimmter Unternehmer anderer Bauverufe werden die für gewisse Bauprojekte festgesetzten Summen vorerst für deren Arbeiten, die die ersten Bauabschnitte ausmachen, für den Rohbau, die Fassade und die größten Ausbauarbeiten, aufgewendet, so daß bei den bekanntlich zuletzt kommenden Malerarbeiten von jedem halbwegs entbehrlichen Luxus und besserer technischer Ausführung abgesehen wird. Auch gewisse Farbenwerke übernehmen beim Verkauf besonderer Spezialprodukte nicht selten größere Arbeiten, besonders an eisernen Brücken, Bahnhofshallen und ähnlichen Bauwerken. Sie übergeben diese Aufträge dann entweder an Zwischenunternehmer oder führen sie in eigener Regie aus. Auch größere Fabriken oder städtische Verwaltungen beschäftigen nicht selten Malergehilfen in ihren Betrieben.

Diese Entwicklung hat zu einer Zunahme der Anstreicher im Verhältnis zu den Malerarbeiten geführt; wobei nicht gesagt sein soll, daß nicht auch gute und fachgemäß ausgeführte Anstreicher- und Lackierarbeiten, wobei die Farbe oft nicht weniger beherrscht werden muß als bei der Malerei, größte berufliche Tüchtigkeit erfordern kann. Dekorationsmalerei hat nicht immer mit Berufswissen und Können viel gemein, selbst wenn man dabei auch unwillkürlich an Kunst denkt.

Schädlich wirkt auf den Malerberuf auch sein Saisonalcharakter. Wegen des Wechsels der Witterungsverhältnisse unter dem Einfluß der Jahreszeiten, wegen gewisser Schwierigkeiten beim Arbeiten bei künstlichem Licht, der Wirkung starker Witterungsumschläge, besonders auf frisches Putz- und Mauerwerk und die auf diesen hergestellten Anstriche, sowie wegen des Einflusses des Frostes auf Wasserfarben werden die meisten Arbeiten nur in den Sommermonaten und auch da nur periodisch und unterbrochen durch ungünstige Witterungsverhältnisse ausgeführt. Diese Tatsachen verhindern unter andern eine rationelle Verwendung der vorhandenen Arbeitskräfte, fördern daher durch gelegentliche große Nachfrage nach solchen den Zustrom ungelerner Leute und wirken schädigend durch die unregelmäßige Arbeitsweise. Denn gerade im Malergewerbe ist ein gut eingearbeiteter, mit den Besonderheiten auch des einzelnen Betriebes und seiner Auftraggeber vertrauter Arbeiterstamm, der nicht, wie es meist geschieht, von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort und zeitweise zu andern Berufen wechselt, von größter Bedeutung. Hier werden fast alle Arbeiten außerhalb einer eigentlichen Werkstatt an stets wechselnden Arbeitsstellen ohne jede Kontrolle des Betriebsinhabers oder auch nur eines Beauftragten ausgeführt. Wo aber der einzelne Arbeiter in der Regel selbständig unter größter Verantwortung arbeitet und meist unmittelbar mit dem Auftraggeber in Verbindung steht, muß ein fortgesetzter Arbeiterwechsel ganz besonders ungünstig wirken.

Die viele Arbeitslosigkeit der großen Mehrzahl der Malergehilfen, und zwar nicht allein während der ungünstigsten

Jahreszeit, sondern auch noch weit über diese hinaus, wirkt wie ein schlimmes Uebel, das seine Schrecken weithin und nach den verschiedensten Seiten verbreitet. Nicht wenige, darunter auch durchaus tüchtige, ja oft sogar die besten Arbeitskräfte gehen, dadurch abgestoßen, in andere Gewerbe, vor allem in ständiger Beschäftigung garantierende Fabrik- oder Regiebetriebe über. Setzt dann im Malergewerbe die Arbeit in den günstigen Momenten wieder kräftig ein, so fehlt es oft an den erforderlichen Gehilfen, vor allem aber an dem richtigen Mann am richtigen Ort. Und dabei könnte hier sehr wohl ohne technische Schwierigkeiten eine Venderung erfolgen.

Natürlich wirken die vorstehend geschilderten Zustände in hohem Maße auf die *sozialen Verhältnisse* der Arbeiterschaft des Malergewerbes ein. Diese steht zum größten Teil mit ihrem Einkommen ganz wesentlich unter andern gleichartigen Berufstätigen und leidet noch außerdem unter gesundheitsschädlichen Arbeitsmethoden und Unfallgefahren.

Die hier geschilderten Zustände sind mit die Ursache des immer mehr aufstrebenden *Kleinmeisterums*. Denn wenn auch nicht behauptet werden soll, daß Kleinbetriebe nicht auch höheren fachtechnischen Ansprüchen genügen könnten, so sind ihnen die meisten Mittel- und Großbetriebe wegen ihrer vielseitiger ausgebildeten Arbeiterstammes, ihrer größeren Betriebsmittel in der Regel in den meisten Situationen doch überlegen. Diese können ihre Arbeitskräfte durch bessere Bezahlung und persönlich angenehmere Arbeitsbedingungen und Betriebsverhältnissen auch mehr an sich ziehen, und so Arbeiten übernehmen, vor denen der kleinere Unternehmer zurückzusehen wird. Stünde es um die Ansprüche an kunstgewerbliche Leistungen im Malergewerbe besser, wäre die Beschäftigungsgelegenheit gleichmäßiger und andauernder und die Einkommensverhältnisse günstiger, so würde es mancher Kleinunternehmer vorziehen, Gehilfe zu bleiben. Das umfangreiche Kleinmeisterium aber ist jedenfalls ein großer Schaden sowohl für den ökonomischen Stand des Malergewerbes im allgemeinen als auch für dessen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im besonderen.

Die Lüncher- und Weißbinderarbeiten, die in Hessen, Franken und einigen Teilen Thüringens mit in Maler- und Anstreicherbetrieben ausgeführt werden, haben im Laufe der Zeit auch größere Einschränkungen erfahren. Besonders ist hier die Entwicklung des Bau- und Stuckateurgewerbes von größerem Einfluß. In Sachsen, Westfalen und am Niederrhein werden auch noch das Tapetenankleben, in letzterem Gebiet auch Glaserarbeiten von Malern beziehungsweise Anstreichern ausgeführt. Diese Arbeiten sind indes von keinem Einfluß auf die Gesamtlage des Gewerbes.

Die hier geschilderten ungünstigen Verhältnisse haben sich unter den Einwirkungen des Krieges noch verschärft. Nicht nur die Arbeiten auf Neubauten der verschiedensten Art, die Erneuerungsarbeiten bei Privaten und für staatliche und städtische Behörden wurden außerordentlich eingeschränkt; die meisten größeren Bauprojekte wurden auch nicht mehr weitergeführt, weil plötzlich alle nur einigermaßen unter Dach gebrachten Gebäude zu andern, meist zu militärischen und Wohlfahrtszwecken, Lazaretten, Kasernen usw., umgewandelt wurden. Sogar die sonst sehr ins Gewicht fallenden Arbeiten an den allgemeinen Umzugsterminen wurden durch die natürlich auch nicht günstige Lage, in die die meisten privaten Hauseigentümer durch Kreditwierigkeiten und Mietaufschläge kamen, stark vermindert. Und selbst kapitalkräftige Kreise hielten, von Befürchtungen um die Zukunft ergriffen, mit Aufträgen zurück.

Nach und nach entstanden aber auch noch andere Schwierigkeiten. Die unter der englischen Blockade leidende Einfuhr und die Beschlagnahme wichtiger Stoffe, wie Terpentin, Seinsöl usw., der Mangel an Mehl, Seim, Seife und mannigfacher Erbschaftstoffe für diese oder andere Produkte, erzeugten

einen allgemeinen Materialmangel und ließen die Preise dafür ungeheuer in die Höhe schnellen. Dazu kamen seit Herbst des Jahres 1915 noch Verbote des Streichens der Außenflächen von Häusern, Zäunen und Mauerwerk mit Oelfarben, des Fußbodenbleis, der Verwendung tierischen Leims. Diese das Malergewerbe natürlich stark einschränkende Maßnahmen hielten bis vielfach falsch oder ungenügend informierte Kundschaft aber nicht selten ab, die trotzdem zulässigen und möglichen Arbeiten zu vergeben, so dringend sie auch sein mochten. Das alles hat den Geschäftsgang weit über das Maß hinaus herabgedrückt, daß durch die allgemeinen Kriegsverhältnisse an sich schon ebenso wie für andere an Militäraufträgen unbeteiligte Gewerbe gegeben war.

So bietet sich für die Dauer des Krieges kein zuversichtlich stimmender Ausblick. Als Hemmungsercheinungen: die geringe Bautätigkeit, Stillstand der größeren und besseren Erneuerungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden wie für wohlhabendere Privatleute und städtische Hauseigentümer, die nach größter Einfachheit und gewöhnlicherer Qualität strebende Mode, Materialteuerung und Materialmangel werden ganz bestimmt bis zum Friedensschlusse bestehen bleiben. Und ist auch die Arbeitslosigkeit nach den ersten Monaten der allgemeinen Krise nach Kriegsausbruch nicht bedrohlicher, später sogar weit geringer aufgetreten, als sonst unter normalen Wirtschaftsverhältnissen, so läßt sich hieraus keineswegs für unser Gewerbe selbst ein günstiges Zeichen erkennen. Denn die Ursache für die geringe Arbeitslosigkeit sind einmal die ganz erheblichen, unausgesetzt andauernden Einberufungen Berufsangehöriger, ferner die stärkere Beschäftigung des Lackierergewerbes in den Betrieben der Kriegsindustrie, besonders in Waggonfabriken, auf Werften, in Flugzeugbetrieben, bei dem Bau neuer Fabriken und das Abwandern vieler Maler- und Anstreichergehilfen und Kleinmeister in andere Gewerbe und öffentliche Betriebe, nicht aber irgendwelche Besserung in den Verhältnissen des Malergewerbes selbst. Ganz im Gegenteil. Das, was zur Hintanhaltung größerer Arbeitslosigkeit führte, kann für die Zukunft einen weiteren Rückgang des Malergewerbes in fachtechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht bringen. Der Verlust vieler tüchtiger Berufsangehöriger durch den Tod auf den Schlachtfeldern und in den Kasernen, die Abwanderung in andere, größere Existenzsicherheit bietende Betriebe und Berufe und der nicht leicht zu nehmende Rückgang der Zahl der Lehrlinge können später noch sehr ungünstige Folgen haben.

Richten wir nach diesen mehr rückschauenden Betrachtungen in einem Schlußartikel den Blick in die allerdings jetzt noch recht dunkel vor uns liegende Zeit nach dem Kriege.

Statistik der Lackierer.

Die Kriegsteuerungszulagen.
Durch den Ortsfragebogen versuchten wir auch Aufschluß darüber zu erhalten, ob für unsere in der Industrie beschäftigten Kollegen eine Teuerungszulage bezahlt wird und wie hoch diese bemessen ist.
Nachdem für das Malergewerbe eine allgemeine Teuerungszulage mit den Arbeitgebern vereinbart und in der Industrie zum Teil flott zu tun war, bestand auch hier allgemein das Bestreben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Soweit für die Lackierer eine gute Arbeitsgelegenheit vorhanden war, ist es auch gelungen, Teuerungszulagen durchzusetzen. Wir stellten das fest für 318 = 89,5 pZt. der Betriebe mit 4568 = 57,7 pZt. der Beschäftigten. In der Zeit unserer Aufnahme verfloßenen Zeit bestand das Bestreben unserer Kollegen, eine Zulage zu erreichen weiter, und dürften deshalb heute nur noch wenig Betriebe und wenig Beschäftigte vorhanden sein, wo die früheren Verhältnisse bestehen blieben. Erklärlicherweise ist es die Kriegsindustrie, wo Zulagen am häufigsten vorgekommen.
Mit einer tabellarischen Verarbeitung des gewonnenen Materials können wir nicht viel anfangen, weil fast von

Betrieb zu Betrieb die Regelung anders vorgenommen wurde. In den meisten Fällen ist die Zulage allerdings in Pfennigen auf den Stundenlohn ausgesprochen, aber in vielen anderen wird auch ein bestimmter Prozentsatz auf den Allford- oder Wochenverdienst zugeschlagen. Außerdem finden wir aber, daß unbestimmt um den Verdienst allgemeine Wochen- oder Monatszulagen gegeben werden. Oft ist zwischen Ledigen und Verheirateten in der Höhe der Zulage ein Unterschied gemacht; in anderen Fällen findet auch bei den Verheirateten noch eine Abstufung je nach der Kinderzahl statt.

Soweit die Zulage in Pfennigen oder in Prozenten ausgedrückt ist, haben wir darüber eine Aufstellung gemacht und ermittelt, daß in 4 Fällen 1 %, in 11 Fällen 2 %, in 84 Fällen 3 %, in 22 Fällen 4 %, in 75 Fällen 5 %, in 15 Fällen 6 %, in 6 Fällen 7 %, in 7 Fällen 8 %, in 15 Fällen 10 % und in 13 Fällen mehr als 10 % bezahlt wurden. Nach Prozenten wurden 9 mal 5 pSt., 8 mal 10 pSt. gegeben.

Was an Veränderungen im Arbeitsverhältnis und an Kriegsteuerungszulagen durch unsere Erhebung an den verschiedenen Orten ermittelt wurde, wollen wir im Text hier wiedergeben. Es wird berichtet aus

Aachen: In der Waggonfabrik Talbot mit 42 Beschäftigten werden allgemein für Verheiratete 5 % pro Stunde bezahlt. Unverheiratete erhalten keine Zulage. Für jedes Kind wird 1 % pro Woche als Teuerungszulage gewährt.

Altenburg: In einer Wagenlackererei waren vor dem Kriege 2 Kollegen beschäftigt. Seit Kriegsausbruch arbeitet dort nur 1 Kollege. In einer anderen Wagenlackererei (Steinbach & Stolle) werden die meisten Arbeiten von Kleinmeistern gemacht. In einer Maschinenfabrik (Bechstein) waren vor dem Kriege 2 bis 3 Kollegen beschäftigt. Teuerungszulage wird in den bisher genannten Betrieben nicht gezahlt. Außer einigen Wagenlackerereien kam hier für das Lackierergewerbe die Nähmaschinenindustrie in Frage. Es sind das 3 Betriebe, in denen jetzt 7 männliche und 6 weibliche, zusammen 13 Lackierer, beschäftigt werden. Als Kriegsteuerungszulage werden 5 bis 10 pSt. gewährt. In dieser Branche hat sich für die Lackierer ein wesentlicher Wandel vollzogen. Während vor 10 bis 15 Jahren in dieser Fabrikation 50 bis 60 Lackierer tätig waren, hat sich diese Zahl nach und nach bis zum Kriegsausbruch auf die Hälfte reduziert. Diese Wandlung ist darauf zurückzuführen, daß die weibliche Arbeitskraft mit circa 25 pSt. neben die männliche getreten ist, dann aber ist auch das Spritz- und Tauchverfahren im Laufe der Jahre eingeführt worden, wodurch Leute entbehrlich geworden sind. Durch den Krieg wurde die Nähmaschinenindustrie lahmgelegt. Jetzt ist diese Fabrikation wieder aufgenommen, aber nur in bescheidenem Umfange. Die Lackierer sind zu anderen Arbeiten herangezogen worden und werden nach Bedarf zu Lackierarbeiten beordert. Tarife haben nicht bestanden, sondern nur zeitweilig Abmachungen, die die Arbeitszeit und die Löhnerzeit regelten. Die Mehrzahl der Lackierer hat früher dem Metallarbeiterverband angehört. Einzelne finden wir im Porzellanarbeiter-, Fabrikarbeiter- und Gulmachersverband. Es wurde zwar auch berichtet, daß zu einer gewissen Zeit fast alle Lackierer dem Malerverbande angehört hätten; das scheint aber schon lange her zu sein. Beim Kriegsausbruch gehörten unserm Verbande nur einige Lackierer an. In **Altona** werden 4 bis 6 % Teuerungszulage gewährt. In **Münster** gibt es 5 pSt. Zulage. Die Zahl der Beschäftigten in der Fabrik (Wey) ist um ein Drittel geringer als vor dem Kriege. In **Mugsburg** werden in der Maschinenindustrie 2, 3 und 4 % Teuerungszulage pro Stunde bezahlt. Barmer teilt mit, daß dort wenig Arbeit für Lackierer vorhanden ist. Zulage wird nicht gewährt. In **Bergedorf** werden im Eisenwerk 4 % Zulage pro Stunde gegeben. Es kommen 16 Beschäftigte in Frage. **Berlin:** Die Teuerungszulage ist sehr verschieden. 10 bis 20 %, teilweise auch so viel Prozent, werden mehr gezahlt. In den Waggonfabriken beträgt der Stundenverdienst M. 1,80 bis M. 1,40. In der Flugzeugindustrie sind besondere Vereinbarungen über die Zulage getroffen. Zu dem Ortsfragebogen wird bemerkt, die Konjunktur hat in der letzten Zeit nachgelassen. Die Löhne werden dadurch höher, daß den Arbeitern höhere zu schreiben. Die Allfordpreise sind sehr wenig erhöht worden, aber die Arbeit wird nicht mehr so gut ausgeführt, so daß mehr geleistet werden kann. Die Frauenarbeit ist nur in einigen Betrieben eingeführt, also nicht von so großer Bedeutung. Wohl ist noch ein Teil der Lackierer rekrutiert, jedoch sind die Betriebe angewiesen worden, Maler, Lackierer usw. nicht mehr zu rekrutieren. Die Arbeiterarbeit hat nachgelassen, weil die Konjunktur abflaut. **Bernburg:** In der Maschinenfabrik wird keine Teuerungszulage gezahlt. Es wird dies erklärlich, wenn man beachtet, daß ein vor dem Kriege selbständiger Meister dort arbeitet und 3 weitere Beschäftigte eingefleischte Organisationsgegner sind. In **Bielefeld** werden in allen Betrieben 3 bis 5 % Teuerungszulage bezahlt. In **Brandenburg** kommen Gebr. Reichstein in Frage, wo 5 % Zulage bezahlt werden. Der Geschäftsgang soll aber flau sein. In **Braunschweig** erhalten die meisten Beschäftigten 5 beziehungsweise 6 % Teuerungszulage. In **Bremen** wird nur auf der Werft eine Zulage von 7 % pro Stunde gegeben. In **Bremerhaven** zahlen die Werften 5 % pro Stunde; eine zahlt nur 4 % Zulage. In **Breslau** wird von 35 Betrieben in 18 eine Teuerungszulage gegeben. Es sind dort von 337 Beschäftigten 286, also die Mehrzahl, tätig. **Cassel:** In den Waggonfabriken werden 4 % beziehungsweise 10 pSt. Zulage gewährt, in einem anderen Betriebe mit 3 Beschäftigten 11 %. **Diemichel & Wegmann** wird die Geschäftslage als gut bezeichnet; dagegen wird von **Schmidt & Keerl** sowie von **Kaiser & Co.** über eine langsame Geschäftstätigkeit berichtet; in letzterem Betriebe sind Entlassungen wegen Arbeitsmangel vorgekommen. **Chemnitz** teilt mit, daß die Geschäftskonjunktur durch die Aufträge aus der Kriegsindustrie eine gute ist. Die Teuerungszulage wird in den Fabriken in wöchentlichen Ausschüssen in Höhe von M. 3 bis M. 5 bezahlt. Außerdem tritt eine Erhöhung des Einkommens dadurch ein, daß fast in allen Betrieben mindestens 2 Stunden Überarbeit geleistet werden. Die Beschäftigung war vor dem Kriege nicht gut. Die Frauenarbeit hat sich während des Krieges in allen Betrieben, auch da, wo sonst keine Frauen beschäftigt wurden, ganz wesentlich vermehrt. Bei 347 männlichen wurden 101 weibliche Lackierer beziehungsweise Anstreicher gezählt. **Verlautbarungen und Reklamationen** finden in großer Zahl statt. **Cöln** berichtet: In beiden Waggon-

fabriken ist Kolonnenarbeit. Bei v. d. Zypen sind 85 und bei Verbrand 18 Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt. Die Einstellungslöhne für Jugendliche sind im Durchschnitt 30 und 35 %, und für gelernte Anstreicher und Lackierer 60 bis 68 %. Die Teuerungszulagen betragen bei v. d. Zypen 11 bis 16 % und bei Verbrand 5 bis 8 %. Die Allfordsätze bei Verbrand sind zum Teil reduziert worden. In der Gasmotorenfabrik haben die weiblichen Personen 5 % Teuerungszulage erhalten. Die Stadt **Cöln** zahlt ihren Straßenbahnangestellten, wenn verheiratet, M. 16, wenn ledig, M. 7,50 Zulage. **Danzig** meldet, daß in der Eisenbahnreparaturwerkstatt vierzehntägig M. 8 bis M. 20 Teuerungszulage gegeben werden. Auf der Kaiserlichen Werft beträgt die Teuerungszulage pro Person 20 %, für Frauen und Kinder werden ebenfalls 20 % pro Tag gegeben. Auf den Allfordlohn kommen 40 bis 45 pSt. Zuschlag. Bei Überstunden wird ein Zuschlag von 10 bis 80 % bezahlt. Die Konjunktur auch bei der Schichau-Werft ist gut; dort werden gewährt 48 pSt. Lohnzuschlag, für Überstunden 25 pSt. Die Kriegsteuerungszulage beträgt vierzehntägig für Jugendliche unter 18 Jahren M. 3, für Ledige M. 6, für Verheiratete M. 8 und für Kinder M. 2 mehr. Weibliche Personen erhalten pro Woche M. 14 Lohn und 30 pSt. Zuschlag. **Darmstadt:** In der Motorenfabrik wird eine Zulage von 8 % pro Stunde gewährt. In der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen erhalten Ledige M. 5, Verheiratete M. 10 Zulage pro Woche. In den 4 Möbelfabriken werden 8 % Teuerungszulage gewährt. In allen Betrieben läßt die Geschäftslage zu wünschen übrig. In **Deßau** wird nur bei einem Wagenlackerer, wo der Malertarif gilt, 5 % Teuerungszulage gegeben. In den Fabrikbetrieben nichts. In der Möbelfabrik zu **Deimold** werden 10 pSt. des gesamten Lohnes als Teuerungszulage gewährt. **Döbeln:** Das Einkommen erhöht sich wöchentlich durch Kriegszuschlag um M. 1,50 bis M. 2. In den Küchenmöbelfabriken erhalten männliche Verheiratete M. 2, Ledige M. 1,50, Arbeiterinnen M. 1. Die Geschäftskonjunktur ist gut, Überstunden sind viele gemacht worden aus Anlaß von Kriegslieferungen. Durch die Einberufungen hat die Frauenarbeit sehr zugenommen. Bei 16 Lackierern sind 25 Lackiererrinnen beschäftigt. **Dortmund** teilt mit, daß in der Waggonfabrik monatlich im Allford M. 150 bis M. 200 verdient werden. In der Holzindustrie werden 6 % Zulage bezahlt. **Dresden** berichtet, daß die in der Tabelle genannten festen Stundenlohnzuschläge als Teuerungszulagen vereinbart sind. In der Waggonfabrik zu **Baun** war vereinbart, daß als wöchentlicher Zuschlag an Ledige M. 1, an Verheiratete M. 2 gezahlt werden. In der Geschäftswagenfabrik werden außer dem festen Zuschlag von 3 % pro Stunde noch 10 pSt. extra bezahlt. Die Automobilfabrik in **Rötzig** zahlt eine wöchentliche Zulage von M. 6. Im **Frühjahr** werden in einem Betriebe an Ledige M. 5, an Verheiratete M. 6 pro Woche bezahlt. In einem anderen Betriebe wird M. 2,20 Zulage gegeben, wenn in 14 Tagen weniger als M. 70 verdient werden. Auf der Schiffswerft wird ein monatlicher Zuschlag von M. 12 gegeben. Die Militärbetriebe gewähren 25 pSt. Zuschlag, wenn im Monat unter M. 200 verdient werden. Die Straßenbahn gibt 3 % Stundenzulage, außerdem Miets-, Teuerungszulage und Kinderzulage. In der Möbelfabrik werden monatlich M. 10 bis M. 12 Zulage gegeben. Eine Küchenmöbelfabrik zahlt an Ledige M. 1,10, an Verheiratete M. 2,20 wöchentliche Zulage. Die Teuerungszulage in der Eisenbahnbedarfabrik zu **Düsseldorf** beträgt monatlich M. 70, die in drei Malen bezahlt werden. Bei der Fries wird 10 pSt. des verdienten Lohnes als Teuerungszulage bezahlt. Im **Allford** darf pro Stunde M. 1 verdient werden. In der Möbelfabrik werden 10 % pro Stunde mehr bezahlt. In **Duisburg** wird keine Zulage gegeben, ebenfalls nicht in **Einwarden**, **Eisenach**, **Eisenberg** und **Ebersfeld**. Auf der Werft in **Emden** werden 5 % pro Stunde mehr bezahlt. **Erfurt** berichtet, daß in der Lokomotivfabrik 10 % Teuerungszulage bezahlt werden. Ab 1. August wird eine weitere Zulage gewährt, für Leute unter 20 Jahren 5 %, für solche über 20 Jahre 10 % pro Stunde. Überstunden- und Sonntagsarbeit sind regelmäßig. In den Lampenfabriken ist der Geschäftsgang sehr flau und wird auch keine Zulage gegeben. In der Flugzeugfabrik ist eine Teuerungszulage von 5 % in Aussicht gestellt. In der Möbelbranche ruhen die Geschäfte fast vollständig. Es sind 7 Personen beschäftigt, während vor dem Kriege 25 bis 30 Möbelleckierer vorhanden waren. In **Essen** bei **Krupp** wird alle zwei Monate eine Teuerungszulage, nach der Kinderzahl steigend, von M. 30 bis M. 100 bezahlt. **Fechenheim** teilt mit, daß in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik der Geschäftsgang mittelmäßig ist. Ein Kriegsinvalide wird beschäftigt. Die Arbeiter erhalten seit einem Jahre nichts mehr zum Reinigen der Hände. In **Flensburg** werden auf der Werft 3 % Teuerungszulage gewährt, bei der Straßenbahn 5 % pro Stunde. In **Frankenberg** zahlt die Möbelfabrik (Jäger) pro Stunde 3 % als Kriegszulage. Diese Zulage soll aber als dauernde Lohnerhöhung gegeben werden. **Frankfurt a. M.** berichtet, daß im Wagenbau die Geschäftslage allgemein schlecht ist, im Automobilbau dagegen gut, im Fahrradbau ungünstig. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ist mäßig beschäftigt. Die Schmirgelabriken haben mäßigen Geschäftsgang, ebenso die Fabriken für Handwerk und Nahrungsmittel. In den Adlerwerken werden garnisondienstfähige Leute zum Teil rekrutiert. Die Frauenarbeit hat hauptsächlich in den Adlerwerken zugenommen, ebenso bei **Voigt & Häfner**, wo neben 8 Lackierern 16 Lackiererrinnen beschäftigt werden. Als Teuerungszulage werden je nach dem Geschäftsgang in den Betrieben 5 bis 10 % gewährt. Im **Wagenbau** zahlt nur ein Betrieb 3 beziehungsweise 5 % Zulage. Bei der Teuerungszulage in den Adlerwerken, die erst seit 14 Tagen gegeben wird, wurden einige Arbeiter, die schon früher eine Lohnerhöhung erhielten, übergangen. Die Zunahme der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in den Adlerwerken ist gegen früher gleichfalls stärker.

Unsere Filialverwaltungen über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte.

Brandenburg. In Brandenburg sind bis jetzt noch keine Maßnahmen für die Kriegsbeschädigtenfürsorge getroffen worden. Sollten aber kriegsbeschädigte Kollegen zurückkommen, so werden wir auch hier das Nötige in die Wege leiten.

Breslau. Unsere bisherigen Maßnahmen im Interesse der Kriegsbeschädigten unseres Berufes sind nicht so bedeutend, daß sie rühmend zu erwähnen sind. Es besteht zwar am hiesigen Ort eine sogenannte „Berufsberatungsstelle für Kriegsverletzte“, die von städtischen Beamten geleitet wird und auch Unterrichtskurse für die einzelnen Berufe (auch für uns) unterhält. Doch waren wir, wie ja auch fast alle übrigen Berufe, an deren Gestaltung wenig beteiligt. Zwar sind aus den hauptsächlichsten Industriezweigen ständige Vertreter auch aus Arbeitnehmerkreisen als beratende Sachverständige hinzugezogen, und auch wir hatten in dieser Frage mit den Unternehmern bereits zweimal im Anfang dieses Jahres gemeinschaftliche Sitzungen. Doch lagen vorerst wenig wichtige Angelegenheiten vor, um jene Sitzungen bayernd zu besuchen. Kürzlich besaßen wir uns, angeregt durch das Schreiben des Vorstandes, erneut mit der Frage und beschlossen, der Angelegenheit von nun an ein erhöhtes Interesse entgegenzubringen, zumal sich auch die Fälle, in denen wir im Interesse des Berufes mitraten könnten, bald mehreren dürften. Zweifellos haben wir an der Unterbringung, Entlohnung usw. der Kriegsbeschädigten ein bedeutendes Interesse. Zum Zwecke näherer Fühlungnahme mit den zuständigen Instanzen werden wir uns mit den Unternehmern sowie mit der Berufsberatungsstelle in Verbindung setzen und diesen unsere Bereitwilligkeit zur Mithilfe zusichern. Wir sind übrigens in der letzten Zeit mehrfach von der Berufsberatung zu Gutachten über die Verwendbarkeit Kriegsbeschädigter in unserm Berufe herangezogen und haben diese nach besten Kräften abgegeben.

Rötnigberg. Eine Aussprache, die wir mit unsern Arbeitgebern in der Sache der Kriegsbeschädigtenfürsorge hatten, förderte wenig Positives zutage. Diese erachteten die Angelegenheit zunächst als noch nicht besonders brennend. Tatsächlich sind bisher auch nur wenige Kollegen kriegsbeschädigt zurückgekehrt, die, soweit sie noch irgend arbeitsfähig waren, im Berufe untergebracht werden konnten. Von den Arbeitgebern wurde die große Schwierigkeit betont, die Kriegsbeschädigtenfürsorge in zufriedenstellendem Sinne zu betreiben. Besonders größere Betriebe, die vielleicht in nennenswerter Anzahl solche Kollegen für die für sie in Betracht kommenden Arbeiten beschäftigen könnten, gibt es hier nicht, und die große Zahl der kleineren und kleinsten Betriebe läßt, so erklärte man, selbst schwer unter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Diese wären auf durchaus vollwertige Arbeitskräfte angewiesen. Doch wurde wiederholt hervorgehoben, daß sie alles, was in ihren Kräften stünde, tun würden; falls einheitliche Maßnahmen erfolgten, würden sie sich nicht der Mitarbeit entziehen. — Die Arbeitsvermittlung der Kriegsbeschädigten regelt an erster Stelle der Zentralarbeitsnachweis unter Kontrolle des hiesigen Regierungspräsidenten. Auf diesen Arbeitsnachweis sieht uns in gewisser Beziehung ein Kontrollrecht zu. Sonstige besondere Maßnahmen sind bisher nicht bekanntgeworden. Alles steckt eben noch in Erhebungen, Erwägungen usw. Etwas Greifbares hat sich nun in den letzten Tagen konstituiert unter dem Titel „Fürsorge für Kriegsbeschädigte“. Es ist schon bekanntgegeben, daß in diesem Winter ein Ausbildungskursus für kriegsbeschädigte Bauhandwerker stattfinden soll. Zunächst kommen nur Maurer, Zimmerer und Dachdecker in Betracht, die zu Bauzeichnern, Bauzeichnern, Bauaufsehern und technischen Bürogehilfen ausgebildet werden sollen. Die Ausbildung soll kostenfrei erfolgen. Vielleicht könnte etwas Ähnliches für unsere Berufsangehörigen geschaffen werden. Unsere Arbeitgeber erklären das aber für unmöglich. — Die finanzielle Unterstützung der Kriegsbeschädigten regelt der Magistrat durch den „Nationalen Frauendienst“. Neuerdings sind vom Magistrat auch aus den Gewerkschaften einige unserer Leute zur ehrenamtlichen Mitgliedschaft für den Feststellungsausschuß für Kriegsbeschädigte bestellt worden, darunter auch ein Vertreter unserer Organisation.

Potsdam. In Potsdam hat bis jetzt eine Sitzung oder Aussprache mit den Arbeitgebern in Sachen der Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht stattgefunden. Im allgemeinen wird die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten unsererseits durch die auf der Gauleiterkonferenz der Gewerkschaften der Provinz Brandenburg vorgeschlagenen Vertrauensleute ausgeübt. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch den Magistrat der Stadt unter Mitwirkung des Vertrauensmannes.

Spanbau. Mit den Arbeitgebern unseres Berufes wurden hier bisher noch keine besonderen Maßnahmen getroffen. Dafür sind unter anderem folgende Gründe maßgebend: Erstens gehen die meisten Kriegsbeschädigten aller und unseres Berufes fast allgemein nach den Staatswerkstätten, ja die Fürsorgestellen dirigieren diese schon dahin, und zum andern arbeiten leichter Beschädigte zu tariflichen Bedingungen in unserm Berufe, und zwar, was besonders festzustellen ist, meistens in der Werkstelle Panzenhagen; zumeist Kriegsarbeit. Diese haben bis auf einige wenig Fühlung, wohl auf Grund der vom Kriege bei ihnen zurückgebliebenen nervösen Zustände. Viele sind meist aus Orten im Osten hierher verlagene kleine Meister, denen der Krieg mitgespielt hat. Von Seiten der Arbeitgeber geschieht hier nichts, was für die Sache von Bedeutung wäre.

Die Bewegung der Werftarbeiter um Teuerungszulagen.

Während der langen Dauer des Weltkrieges sind die wirtschaftlichen Wirkungen, die er hervorgerufen hat, für die große Masse der Bevölkerung immer drückender geworden. Wenn auch im ersten Jahre des Krieges die Verteuerung der Lebensmittel infolge der hohen Preissteigerungen noch schlimmer empfunden wurde, und in der letzten Zeit durch Rationierung und Festsetzung von Höchstpreisen an jenem Zustand einiges gemildert worden ist, so haben doch alle diese Mittel es nicht vermocht, vornehmlich der minderbemittelten Bevölkerung die Saft zu erleichtern. Die Teuerung wirkt mit der Länge des Krieges immer schwerer. Die Absichten Englands, die politische Niederzwingung Deutschlands durch wirtschaftliche Auspeicherung zu erzielen, hat bei uns ganz allgemein die Empfindung ausgelöst, daß man sich mit den gegebenen Verhältnissen — und darunter versteht man in der Hauptsache die Knappheit der Lebensmittel — so gut oder so schlecht es eben geht, abfinden müsse. Auf diesen Umstand ist es auch in der Hauptsache zurückzuführen, wenn trotz einsetzender Teuerung die Arbeiterschaft mit Forderungen an die Unternehmer lange zurückgehalten hat. Diese Tatsache ist insbesondere bei den

Arbeiter der Schiffswerften zu konstatieren. In andern Wirtschaftszweigen hatten die Arbeiter bereits längere Zeiträume erhalten, als auch die Werftarbeiter erstliche Ansprache darauf erhalten. Größtenteils wird dies nur dadurch, daß auf den meisten Werften, da sie mit Staatsaufträgen versehen waren, die Arbeit nach Ausbruch des Krieges weiter forciert wurde und die Arbeiter bei der üblichen Akkordarbeit einen etwas größeren Verdienst als bisher herausgearbeitet haben. Dies ging natürlich auf ihre eigenen Kosten.

Die Werksbesitzer verhielten sich aber von Anfang an sehr ungenügend gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Wo diese als Gesamtheit auftraten und Kommissionen zu den Werksleitungen vorschickten, wurden sie abgewiesen. Dies ist teilweise sogar in einer Form geschehen, die gar nicht bürgerlich ausfällt. Erst gegen Ende des Jahres 1915 haben sich die Werksbesitzer zum ersten Male bereitgefunden, eine Zeuerungszulage in der Form einer Weihnachtsgroßkalkulation zu gewähren. Sie betrug je nach der Stärke der Familie der Arbeiter M. 16 bis M. 60 und war an eine bestimmte Beschäftigungsdauer gebunden. Bei einzelnen Werften waren die Beträge noch etwas niedriger bemessen. Die Arbeiter, die natürlich eine fortlaufende Verbesserung in ihrem Verdienst erwarteten, waren über diese verhältnismäßig geringe Zulage sehr enttäuscht. Sie stellten von neuem ihre Anforderungen, und zwar teils direkt, zum Teil auch durch ihre Organisationen. Die Wirkung der Arbeiterorganisationen bei solchen Fällen ist unter dem Kriegszustand eine wesentlich andere als unter normalen Verhältnissen. Daß sie die Mittel heute nicht anwenden können, die ihnen sonst zur Verfügung stehen, ist selbstverständlich auch den Unternehmern bekannt.

Im Frühjahr dieses Jahres sind die Werksbesitzer endlich dazu bewegt worden, die erste dauernde Zeuerungszulage den Arbeitern zu gewähren, und zwar in der Höhe von M. 2, M. 3 und 4, teilweise auch bis zu M. 8 monatlich, und für Kinder unter 14 Jahren M. 2, die allerdings bei unentschuldigtem Versäumen bis auf ein Drittel gekürzt werden konnte. Auch diese Zulage war nach den gewöhnlich gestiegenen Preisverhältnissen völlig unzulänglich. Die Arbeiter stellten wieder Forderungen, und zwar meistens in den einzelnen Werktorten durch ihre örtlichen Organisationsleitungen.

Hierauf wurde einige Wochen später durch Anschlag auf den Werften bekanntgegeben, daß die im April gewährte monatliche Zeuerungszulage um 50 pSt., die Einstellungsprämie um 8 % und die bestehenden Löhne um 2 % pro Stunde erhöht würden.

Die Hamburger Werftarbeiter nahmen zunächst in einer Versammlung der Vertrauensleute, nachher auch noch in einer Versammlung der Werftarbeiter selbst zu den auf so eigenartige Weise mitgeteilten Zugeständnissen der Werften Stellung. In beiden Versammlungen kam ihre Unzufriedenheit über die unzureichenden Zugeständnisse, ja das gänzliche Außersichtlassen ihrer dringenden Wünsche, wie die Regelung der Akkordpreise, der Löhne der Arbeiterinnen, recht lebhaft zum Ausdruck. In einer angenommenen Resolution wurde auch den Werften die Antwort der Arbeiter übermittelt und ausgesprochen, daß die Arbeiter die bekanntgegebenen Zugeständnisse der Werften als eine Art Abschlagszahlung annehmen, daß sie aber auf ihre weitergehenden Wünsche nicht verzichten könnten, sie vielmehr zu gegebener Zeit erneuern würden.

Darüber sind circa zwei Monate vergangen. Dann haben die Hamburger Werftarbeiter ihre Arbeitgeber wiederum um eine Verbesserung ihres Verdienstes ersucht. In Anbetracht der im Juni bewilligten 2 % um bestehenden Lohn wurde nun die weitere Erhöhung um 8 %, um die erwähnte Erhöhung der Löhne für Arbeiterinnen sowie um die Regelung der Akkorde ersucht. Die Notwendigkeit für eine solche Regelung wurde in der schriftlichen Eingabe in folgender Form zum Ausdruck gebracht: Daß für Berufsarbeiter bei Akkordarbeit pro Stunde mindestens ein Verdienst von M. 1 erreicht wird, für angelernte Arbeiter ein solcher von 85 % und für ungelernete Arbeiter 70 %. Ähnliche Forderungen wie diese sind auch von den Werftarbeitern der andern Orte an die dortigen Unternehmer gerichtet worden. Zum Teil sind diese schon früher, zum Teil auch etwas später als die Hamburger Forderungen den Unternehmern zugestellt.

Es sind dann wieder mehrere Wochen ins Land gegangen, bis schließlich die Werften mitgeteilt haben, daß sie zu einer Besprechung der Wünsche der Arbeiter mit deren Vertretern zusammenkommen wollten. Da die Forderungen der Arbeiter durch ihre Organisationsvertreter den Werften übermittelt worden waren, haben sich, was ja eigentlich selbstverständlich ist und auch schon zur Gewohnheit geworden war, Vertreter der beteiligten Verbandsleitungen, und zwar der freien sowohl als auch der Christlichen und Christ-Ökonomischen Gewerkschaften zur Teilnahme an Verhandlungen bereit erklärt und diesen den Werksbesitzern zur Kenntnis bringen lassen. Diese aber haben erwidern lassen, daß es weder ihr Wunsch noch ihre Absicht sei, mit Vertretern der Verbandsleitungen die Angelegenheiten zu besprechen. Ihre Absicht sei vielmehr die, einer beschränkten Zahl von aus den Kreisen der Werftarbeiter gewählten Vertretern den ungünstigen Stand der Werften zu erklären und ihnen zu sagen, daß sie aus diesen Gründen die Forderungen der Arbeiter ablehnen müßten. Trotzdem nun die Frage nahelag, ob denn die Arbeiter überhaupt noch zu einer solchen „Verhandlung“ Vertreter entsenden sollten, wurden dennoch nach eingehenden Erwägungen aus der von den verschiedenen Werktorten zusammengekommenen Vertreterschaft der Werftarbeiter 18 Personen bestimmt, und zwar so, daß alle Werksorte, außer Stettin und Rostock, die bei der Sache nicht mit imbezogen, vertreten waren. Die Sitzung mit den Werksbesitzern fand am 20. Oktober dieses Jahres in Hamburg statt. Den Vertretern der Werftarbeiter ist dort, wie es schon angekündigt war, auseinandergesetzt worden, daß die wirtschaftliche Lage der Werften eine recht ungünstige sei und daß die Unternehmer die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigen können. Besonders Herr Dr. Ing. G. Blohm, der auch die Sitzung leitete, ist hier als Sprecher der Werften aufgetreten. Bei der längeren Auseinandersetzung, bei der man schließlich auch auf Einzelfälle eingegangen ist, wo unter anderem auch die Mißstände im Akkordwesen berührt worden sind, ist dann von Herrn Blohm die Erklärung abgegeben worden, daß eine Revision der Akkordpreise stattfinden solle. Es würde auch noch ein näherer Bescheid erteilt werden. Noch an demselben Tage nahm eine Konferenz der Vertreter der Werftarbeiter in Hamburg den Bericht über die

Besprechung mit den Werksbesitzern entgegen und brachte ihre Antwort darauf in folgender Entschliebung zum Ausdruck: Die am 20. Oktober 1916 in Hamburg tagende Konferenz der Vertreter der Werftarbeiter bedauert, daß die Werksbesitzer auf die Forderungen der Arbeiter keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben.

Die Konferenz ist überzeugt, daß durch die ablehnende Haltung der Werksbesitzer die vorhandene große Unzufriedenheit unter den Werftarbeitern noch erheblich gesteigert wird. Da das Ergebnis der heutigen Verhandlungen den Erwartungen, die die Werftarbeiter an diese geknüpft haben, nicht entspricht, verpflichten sich die Vertreter der Werftarbeiter auf den einzelnen Werften auf weitere Verhandlungen, insbesondere auf die zugelegte Revision der Akkorde zu bringen und über den Ausgang der Verhandlungen an die Zentral-Werkskommission zu berichten.

Den Vorständen wird anheimgestellt, mit den zuständigen Reichsbehörden in Verbindung zu treten.

Die Vertreter auf der Konferenz werden inzwischen den Kollegen an ihren Orten bereits berichtet haben, daß bei der Besprechung mit den Werksbesitzern in Hamburg nichts herausgekommen ist. Ob nun eine Revision der Akkordpreise auf den einzelnen Werften vorgenommen wird, muß sich bald zeigen. Wenn die Werften den guten Willen dazu haben, kann die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden; denn für die Arbeiter ist die Sache wirklich dringend. Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß auch die Werksbesitzer dies einsehen. Neben dem allgemeinen liegt es doch auch in ihrem persönlichen Interesse, dazu beizutragen, daß ein gedeihliches Arbeitsverhältnis erhalten wird. Trotz aller schönen Reden über die ungünstige Lage der Werften wird man die Arbeiter nicht davon überzeugen können, daß eine florierende Industrie, wie es die deutsche Schiffbauindustrie in dieser Zeit nun einmal ist, nicht in der Lage sein soll, ihre Arbeiterschaft den Zeitverhältnissen entsprechend zu bezahlen, auch wenn sie mit manchen Widerwärtigkeiten zu rechnen hat.

Die Akkordfrage spielt für die Werftarbeiter von jeher eine ausschlaggebende Rolle, da fast ausschließlich in Akkord gearbeitet wird. Wenn eingangs dieser Betrachtung erwähnt wurde, daß während des Krieges die Arbeit mehr forciert worden ist und daß die Arbeiter durch Mehrleistung ihren Verdienst teilweise etwas gesteigert haben, so dürfte es erklärlich sein, daß mit der Dauer auch die Kraft der Arbeiter schließlich erlahmt. Das trifft schon in normalen Zeiten zu. Daß der Zustand aber unter den herrschenden Verhältnissen eintreten muß, dürfte wohl jedem Menschen von selbst verständlich sein, ohne daß man erst auf die Ursachen eingehen braucht, die den Zustand herbeiführen. Eine Lohnherabsetzung allein kann den Werftarbeitern nicht helfen, weil diese bei der Akkordarbeit nicht zur Geltung kommt. Denn nicht der Lohn bildet das Einkommen des Arbeiters, sondern der Betrag, der im Akkord erarbeitet wird. Zudem besteht auf den Werften noch ein ausnahmsweise niedriger Lohnsatz. Deshalb ist für die Werftarbeiter notwendig: eine Erhöhung des Grundlohnes und eine gleichzeitige Aufbesserung des Akkordverdienstes. Diese Notwendigkeit tritt jetzt ganz besonders zutage.

Gerichtsdirektor Dr. Premer †.

Am 20. Oktober starb in München nach längerem Leiden Gerichtsdirektor Dr. Premer, der langjährige Vorstand des dortigen Gewerbegerichts, im Alter von 46 Jahren. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der auf dem Gebiete des Einigungswesens eine reiche Tätigkeit entwickelt hat, und dessen hervorragende Kraft nur schwer ersetzt werden kann. Auch das Malergewerbe hat ihm in seiner Entwicklung zum Reichstagsvertrag viel zu danken. Die Aussperrung unserer Kollegen in Süddeutschland 1908 endigte mit dem Abschluß des sogenannten Normaltarifs, der unter Mitwirkung Dr. Premers und der Herren von Schulz und Dr. Wiedfeldt zustande kam. 1910 wurde nach langwierigen Verhandlungen der erste Reichstagsvertrag für das deutsche Malergewerbe abgeschlossen, unter dem Vorstuh der Herren von Schulz, Dr. Premer und Rath. Ebenfalls war Dr. Premer tätig bei allen Verhandlungen zur Tarifverneuerung 1918 und den bisher stattgefundenen Haupttarifamtssitzungen. Welch schwierige Aufgaben bei diesen Verhandlungen an die Unparteiischen gestellt werden, ist in den Mitgliederkreisen wenig bekannt. Auch bei den Tarifverhandlungen des Baugewerbes und des Schneidergewerbes hat der Verstorbene seit Jahren mitgewirkt. Gewiß hat manche Entscheidung, an der er mitgewirkt, nicht unsere Billigung finden können; aber an seinem lauterem, geraden Charakter, stets das Beste im allgemeinen Interesse des Gewerbes gewollt zu haben, hat niemand gezweifelt, und von allen Seiten wurde ihm deswegen volles Vertrauen entgegengebracht. Ehre seinem Andenken!

Von unsern Kollegen im Felde.

Die Kollegen Willi Heitmann und A. Wos, Mitglieder der Filiale Kiel, erhielten das Eisene Kreuz zweiter Klasse. Von der Filiale Nürnberg wird uns mitgeteilt, daß der Kollege Karl Lang die rote Kreuz-Medaille 3. Klasse und Kollege Paul Römer das Eisene Kreuz erhielt.

Aus unserm Beruf.

Submissionsblät. Für die Ausführung von Maler- und Anstreicherarbeiten beim Postneubauamt in Tempelhof-Berlin haben die hierzu aufgeforderten Malermeister folgende Forderungen eingereicht: Hermann Schmidt M. 15 071,70, W. Zahn M. 14 716,68, E. Böhm M. 13 557,87 und Albert Döbsch M. 8742,50. Man sollte es nicht für möglich halten, daß auch in der jetzigen Zeit, unter der das Malergewerbe so außerordentlich schwer zu leiden hat, die Materialpreise so hoch gestiegen sind und noch fortwährend im Steigen bleiben, solche Unterbietungen bei Preisberechnungen vorkommen können. Zu richtiger Erkenntnis der Sachlage hat deshalb der Verband der Malereigeschäfte Berlins bei der Handwerkskammer den Antrag gestellt, die ausreibende Behörde zu ersuchen, eine Nachkalkulation durch die öffentlichen Sachverständigen des Malergewerbes vornehmen zu lassen, da der Preisunterschied bei den einfachen Arbeiten (fast nur Delfarbenanstriche) zu denken Anlaß gibt.

Aus Unternehmerkreisen.

Malermeister Albert Bartels in Wernigerode, der schon die letzten Jahre kränzlich gewesen war, ist vergangene Woche im 64. Lebensjahre gestorben. Schon in früher Jugend trat er der sozialdemokratischen Partei bei und ist ihr bis zu seinem Tode treu geblieben. Auf dem Kongreß der Maler-, Lackierer- und Vergoldergehilfen zu Cassel, abgehalten vom 23. bis 25. August 1874, war er Vertreter der Casseler Kollegen. Bald darnach wurde er in Wernigerode selbständig und galt allseitig in Gewerkschaften als ein einsichtsvoller Arbeitgeber. Jahre hindurch war er Reichstagskandidat des Kreises Halberstadt-Wernigerode-Oschersleben, bis ihn 1912 Gesundheitsrückstellungen zwangen, zurückzutreten. Wenn jetzt der genannte Wahlkreis durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag vertreten ist, so ist das zuerst und vor allen Dingen der unermüdblichen langjährigen Pionierarbeit Albert Bartels zu danken. Bis zu seinem Tode bekleidete er das Ehrenamt eines Stadtverordneten in Wernigerode. Als erster Sozialdemokrat in das Stadtparlament eingetreten, wußte er sich bald nicht nur Achtung bei seinen bürgerlichen Kollegen, sondern auch bestimmenden Einfluß zu erwerben. In manchem hat er der Entwicklung der schönen Harzstadt den Stempel seiner Persönlichkeit aufzudrücken gewußt. In Ehren sei des Verstorbenen allzeit gedacht!

Gewerkschaftliches.

Weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften. Ueber den Anteil der weiblichen Berufstätigen an den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften bringt die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ einen beachtenswerten Beitrag. Daraus geht hervor, wie zutreffend die Klage ist, daß die Frauen schwer zu organisieren sind. Nach jahrzehntelanger Arbeit hatte die Zahl der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften vor Kriegsausbruch die Höhe von 221 071 erreicht. Am meisten weibliche Mitglieder hatten die Organisationen der Textilarbeiter (52 122), Fabrikarbeiter (20 048), Metallarbeiter (26 485), Buchbinder (15 988), Handlungsgehilfen (14 282) und Labotarbeiter (13 882). Bis zum 30. Juni 1916 sank die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder auf 182 256. Die freien Gewerkschaften haben also im Verlauf von zwei Kriegsjahren 38 816, das ist mehr als ein Sechstel der weiblichen Mitglieder, verloren.

Zu einem großen Teil kann der Mitgliederverlust auf den durch den Krieg veranlaßten schlechten Geschäftsgang zurückgeführt werden. Das gilt insbesondere für das Textilgewerbe und andere verwandte Berufe. Ganz ist der Mitgliederrückgang aber durch solche Gründe nicht zu erklären. Denn die Frauenarbeit hat in der Kriegszeit sehr an Umfang zugenommen, und die Arbeiterinnen, die in andere Berufe abgingen, konnten Mitglieder ihrer Gewerkschaft bleiben. Es ist auch eine lebhaftere Tätigkeit für die Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder entfallen worden. Die weiblichen Berufstätigen erkennen aber noch nicht den großen Wert, den auch für sie die gewerkschaftliche Organisation hat. Obgleich sie in der Kriegszeit vielfach Gelegenheit hatten, diesen Wert kennen zu lernen. Selbst von Arbeiterinnen, die eben den Verband in Anspruch genommen haben, um zu ihrem Recht zu kommen, ist oft zu hören: „Für mich hat der Verband keinen Wert.“

Ein Verband haben die Zahl ihrer Mitglieder vermehrt. Aber nicht in dem Maße, wie es nach der sehr großen Zahl der in ihnen beschäftigten weiblichen Mitglieder notwendig erscheint. Viele der neugewonnenen Mitglieder bestehen die Probe nicht. Der Metallarbeiterverband zum Beispiel hat seit Kriegsausbruch 85 802 weibliche Mitglieder neu aufgenommen; trotzdem zählt er nur 8964 weibliche mehr als vor dem Kriege. Die Organisierung der Arbeiterinnen hat im Hinblick auf die kommende Friedenswirtschaft für die Arbeitererschaft besonders große Bedeutung. Wenn die vom Felde Zurückkehrenden ihre Arbeitsplätze wieder einnehmen wollen, wird es vielfach Schwierigkeiten geben. Billigere weibliche Arbeitskräfte haben an ihnen Platz genommen. Es ist leicht möglich, daß sich dann an den Arbeitern die geringe Zahl der organisierten Arbeiterinnen rächt. Die Klage, daß selbst organisierte Arbeiter nichts tun, um ihre weiblichen Angehörigen den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen, verstummt nicht. Nur wenn aus dem heutigen Stande der Organisationszugehörigkeit der Arbeiterinnen die entsprechenden Lehren gezogen werden, lassen sich sonst sicher in Aussicht stehende schwere Schädigungen der Arbeiterschaft vermeiden.

Feldgrane im Dienste ihres Verbandes. Die „Allgemeine deutsche Gärtnerzeitung“ kann von Erfolgen berichten, die Feldgrane bei ihrer Verbeerdung für den Gärtnerverband gehabt haben. Viele Verbandmitglieder, die auf Urlaub gekommen waren, nutzten diese Gelegenheit aus, ihrem Verband neue Mitglieder zuzuführen, oder frühere Verbandskollegen zur Weiterzahlung der Beiträge zu veranlassen. Außerdem wurden von der Front Adressen solcher Gärtner eingesandt, die im Felde für den Verband gewonnen worden waren. In recht vielen Fällen dürfte das gleiche ohne große Schwierigkeiten auch von den Mitgliedern anderer Verbände möglich sein, die während ihres Urlaubs mit unorganisierten oder wankelmütigen Kollegen zusammenkommen, oder die im Felde Gelegenheit haben, unorganisierte Berufskollegen über den Wert der Organisation aufzuklären. Erleben sie es doch tagtäglich selber, welche Macht in dem organisierten Zusammenschluß liegt, wie nur dem vereinten Zusammenarbeiten es zu danken ist, daß sie bisher so Ungeheures geleistet haben.

Sozialpolitisches.

Unerhörte Preistreiberien auf dem Gemüsemarkt sind gegenwärtig zu verzeichnen. Dabei stellt sich heraus, daß die von dem Kriegsernährungsamt getroffenen Maßnahmen vollständig wirkungslos sind. Die Hoffnungen, die man auf die Organisation des Gemüsehandels setzte, sind vollständig fehlergefallen. Die Reichsstelle für Obst und Gemüse, die den Auffauf im Ausland organisieren sollte, und die Preistreiberie dort verhindern wollte, hat bisher dieses Ziel nicht erreicht. Und auch im Inlandsmarkt, wo man versuchen wollte, ohne Preisfestsetzung die übermäßige Preissteigerung

zu verhindern, sind die Bemühungen ohne jeden Erfolg geblieben. Denn wie dem Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen berichtet wird, finden gerade auf den von der Reichsgemüsestelle errichteten Großmärkten die wildesten Preissteigerungen und damit unerhörte Preistreiberereien statt.

Table with 5 columns: Ware (e.g., Weißbrot, Roggenbrot), Großhandelspreis (1914), Großhandelspreis (1915), Einzelhandelspreis (1914), Einzelhandelspreis (1915).

Wir haben nach dieser Tabelle im Großhandel eine Preissteigerung gegenüber Oktober 1914 von 75 bis 480 pBt. Wieder ein Beweis dafür, wie am freien Markt eine schrankenlose Preistreibererei einsetzt, die nicht anders aufzuhalten werden kann, als durch eine Höchstpreisfestsetzung.

Dringend notwendig wird es sein, daß wiederum angeordnet wird, daß der Verkauf nach Gewicht stattfindet. Der gegenwärtige Zustand, daß der Handel rein nach Schätzung den Verkauf vornehmen kann, ohne daß der Käufer einen Anhalt hat, welchen Preis er pro Pfund bezahlt, dient nur dazu, jede Kontrolle der übermäßigen Preisaufschläge unmöglich zu machen.

Verbrauchsrechnungen. Der tägliche Verbrauch einer erwachsenen Person betrug im letzten Friedensjahr im Durchschnitt:

Table with 2 columns: a) In pflanzlichen Nahrungsmitteln (e.g., Kartoffeln, Gemüse, Zucker), b) In tierischen Nahrungsmitteln (e.g., Vollkornmehl, Schweinefleisch, Rindfleisch).

Genossenschaftliches.

Die Volksversicherung verstaatlicht - in Japan! Aus einem Aufsatz des "New Statesman" entnimmt die "Allgemeine Versicherungspreffe" die Nachricht, daß die japanische Regierung nach einem mit anscheinend allgemeiner Zustimmung erlassenen Gesetz alle Lebensversicherungen für kleinere Summen - bis zu M. 500 - einem Staatsmonopol unterworfen habe.

Die japanische Regierung will demnach ihre arbeitende Bevölkerung vor den Nachteilen der privaten Volksversicherung und dem kolossalen vergütungslosen Verfall bewahren, wie das die Gewerkschaften und Genossenschaften in Deutschland durch die Gründung der Volksfürsorge zu erreichen suchten.

Die Hauptverwaltung der Volksfürsorge hat durch den Tod ihres geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Adolph von Elm einen sehr schweren Verlust erlitten. Um in der Erledigung der laufenden Geschäfte keinerlei Verzögerungen eintreten zu lassen, hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates den Leiter der Literarischen Abteilung, Karl Hildenbrand, zum Prokuristen bestellt.

Bei der Kriegsverversicherungskasse der Volksfürsorge sind bis zum 16. Oktober 1916 im ganzen für 51 929 Kriegszuschüsse 77 607 Anteilscheine gelöst und dafür M. 388 035 eingezahlt worden, die reiflos für die Hinterbliebenen der im Kriege Verstorbenen zur Verfügung stehen.

verheirateter Mithbürger sollte im Interesse der Familien von dieser Einrichtung ein noch allgemeinerer Gebrauch gemacht werden.

Literarisches.

"Die Glocke", sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Barbus (Verlag für Sozialwissenschaft, G.m.b.H., Berlin SW 88). Das eben erschienene Heft 81 enthält unter anderem folgende Artikel: Dr. Paul Vensch, M. d. R.: O, du mein Oesterreich! Heinrich Cunow: Ostasiatische Vorfälle. Wally Jopler: Lehren und Umbildungen. Bernhard Nausch: Hochmal: Eine pädagogische Ruine. Georg Weyer: Ein Stück Mittelalter. Ernst Ullrich: Eine Unterrichtsstunde. Glossen. Die Woche. - Einzelhefte 20 M., vierteljährlich M. 2,50, bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

"Technik für Alle." Technische Monatshefte. Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. Jahrgang 1916/17, Heft 6-7. Preis vierteljährlich M. 1,25. (Stuttgart, Verlag der Technischen Monatshefte, Francksche Verlagshandlung.)

Diese empfehlenswerte Zeitschrift verfolgt den Grundsatz, es auch dem technisch nicht vorgebildeten Leser zu ermöglichen, sich mühelos technisches Verständnis zu erwerben, indem sie allgemeine Fragen der Technik, wie besonders interessante Sondergebiete auch aus Handel, Industrie und Weltwirtschaft behandelt. Große Ziele und die Wege zu ihrer Erreichung stellt Steru unter dem Titel "Die deutsche Industrie vor und nach dem Krieg" dar.

Zentralverband der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands. Jahres- und Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes auf das Jahr 1915. Berlin.

"Sozialdemokratische Feldpost." Diese von A. Baumeister (gleichzeitig Verlag der "Internationalen Korrespondenz"), Berlin SW 88, Lindenstraße 2, herausgegebene Wochenschrift hat mit der ersten Nummer eine Auflage von 50 000 erreicht. Es wird wöchentlich erscheinen und Beigabe von Illustrationen erlangen. Ein Feldpostabonnement kostet vierteljährlich 50 M. und 30 M. Umschlaggebühr, der gewöhnliche Postbezug 50 M.

Sterbetafel.

Hannover. Am 19. Oktober starb unser treues Mitglied Wilhelm Küster im Alter von 89 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 23. bis 28. Oktober. Eingefandt wurde: Weimar M. 250, Guben 25, Darmstadt 161,45, Würzburg 500, Wiesbaden 962,91, Pforzheim 40, Bismar 100, Dessau 50.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken): Braunschweig 400 B à 120 M., Kaiserslautern 200 B à 70, 200 B à 110, Schweinfurt 100 B à 70, 100 B à 90, 100 B à 110, Stettin 400 B à 80, 200 B à 120, Straßburg 200 B à 75.

Die Woche vom 5. bis 11. November ist die 45. Beitragswoche.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 44 des "Correspondenzblattes" bei.

Jeder Herr

welcher sich schön und billig kleiden will, verlange unsern Katalog Nr. 14 über neue und wenig getragene teils reinwollene sehr preiswerte

Kavalier-Kleidung ohne Bezugsschein.

Anzüge, getrag., von M. 30 aufw. Palotots, Uster, " " 40 " Hosens... " " 9 "

Außerdem alle billigeren Kleidungsstücke mit Bezugsschein und ist im Katalog genau angegeben, wie weit Bezugsschein erforderlich ist.

Risiko ausgeschlossen. Für Nichtgefallendes gebe Geld zurück!

J. Kaiter, Tal 19, München.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- List of names and dates of fallen colleagues: Albrecht, Kurt, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 28. 4. 96 zu Dresden, seit 14. 4. 18 im Verband. Beckmann, G., Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 8. 8. 94 zu Stade, seit 8. 5. 12 im Verband. ...

Ehre ihrem Andenken!